



Presse-Statement

Deutschland hat das Zeug zu mehr!

BDI-Pressekonferenz zum Jahresauftakt (virtuell)
12. Januar 2021

Prof. Dr. Siegfried Russwurm
BDI-Präsident

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1565

Internet
www.bdi.eu

Guten Morgen meine Damen und Herren,

Seite
2 von 9

herzlich willkommen auch von meiner Seite.

Zunächst einmal möchte ich Ihnen ein gutes Neues Jahr wünschen! Ein Jahr, das wir alle anders begonnen haben als jedes zuvor. Und das durch die Pandemie wie durch den Blick über den Atlantik sich so fundamental unterscheidet von allem, was wir für normal und Routine halten. Bei vielem ist man geneigt zu sagen: Eigentlich kann es jetzt nur besser werden!

Ich persönlich freue mich in jedem Fall sehr, in meinem neuen Amt den Dialog mit Ihnen zu führen, genauso wie mit der Politik in Deutschland und international – aber auch den gesellschaftlichen Dialog. Ich bin überzeugt davon: Die deutsche Industrie muss und wird weiter eine sehr konstruktive, eine wichtige Rolle einnehmen und einen großen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik und zur gesellschaftlichen Stabilität leisten.

Allerdings startet das neue Jahr auch für die deutsche Industrie mit großer Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Pandemie. Die wirtschaftliche Lage bleibt schwierig, und die bereits eingetretene Erholung der wirtschaftlichen Aktivität in der Industrie bleibt weiter gefährdet. Für viele Betriebe der deutschen Wirtschaft ist die Lage düster, und wir müssen der Realität ins Auge sehen: Insolvenzen und auch Arbeitslosigkeit werden in diesem Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach zunehmen.

Die Industrie mit ihren rund acht Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeichnet sich in weiten Teilen durch eine beachtliche Robustheit aus. Die deutsche Industrie hält ihre Aktivitäten im Großen und Ganzen bisher verlässlich aufrecht. Trotz Lockdown-Maßnahmen funktioniert der grenzüberschreitende Warenverkehr, sind die Wertschöpfungsketten intakt, schaffen penibel eingehaltene Hygienekonzepte größtmögliche Sicherheit in den Werkshallen.

Umso wichtiger ist es, die Industrie weiter am Laufen zu halten – trotz verschärfter Lage, trotz ausgeweiteter Mobilitätseinschränkungen und trotz großflächiger Schulschließungen. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken in unseren Unternehmen, die trotz Pandemie an ihre Arbeitsplätze kommen und dort trotz mancher Handicaps durch erforderliche Schutzmaßnahmen die Produktion in Gang halten. Das regeln am besten die Betriebsparteien vor Ort. Denn die kennen die konkrete Arbeitssituation. Ab dem Frühjahr sollte nicht zuletzt durch immer breitere Impfungen weltweit eine kräftige Erholung einsetzen. Hoffentlich muss sie im Herbst nicht erneut mit Beschränkungen ausgebremst werden.

Was folgt daraus für die Konjunkturzahlen, die unsere Experten aus den Einschätzungen unserer Mitgliedsverbände und der Unternehmen ermittelt haben?

Für Deutschland erwarten wir im neuen Jahr einen BIP-Zuwachs in einer Größenordnung von 3½ Prozent. Eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau wird also im laufenden Jahr noch nicht erreicht. Es sollte aber eine gute Chance geben, dass das dann im ersten Halbjahr 2022 gelingt.

Stark exportorientierte Branchen wie die Automobil- und die Elektroindustrie sowie der Maschinenbau rechnen bereits im laufenden Jahr mit einer spürbaren Erholung. Die chemische Industrie dürfte ihre Produktion leicht steigern. In anderen Branchen sind die Aussichten weniger erfreulich.

Insgesamt gehen wir für die Exporte von einer Steigerung um sechs Prozent aus – nach einem Absturz um elf Prozent im Jahr 2020. Dabei gründet die Stabilität der Industrie besonders darauf, dass das Exportgeschäft stabil läuft. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie wichtig der Export für unsere Volkswirtschaft ist: Damit ist er erbracht. Umso wichtiger ist es, gerade jetzt alles daran zu setzen, die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken. Dazu komme ich später noch mal.

Meine Damen und Herren, in dieser außerordentlichen Lage habe ich für die Handelnden in der Politik großen Respekt: Wir erwarten eine verlässliche Strategie – und gleichzeitig schnelles Reagieren auf neue Erkenntnisse. Das mutet an wie eine Quadratur des Kreises, das ist in der Tat schwierig. Doch ein höheres Maß an Verlässlichkeit muss machbar sein.

Notwendig ist ein geschlossener Auftritt zu einer grundsätzlichen Strategie, in Verbindung mit regionaler Differenzierung einzelner Maßnahmen, aber das auf Basis nachvollziehbarer Daten und Fakten.

Also: Keine Symbolpolitik mit dem Prinzip Hoffnung, sondern eine Mittelfrist-Strategie nach dem Prinzip Evidenz. Die Unternehmen brauchen und verlangen Berechenbarkeit der Politik und eine verlässliche Planungsgrundlage.

Zurecht ist die Erwartung groß, dass die Politik spätestens im Februar differenzierte und kreativere Lösungen liefert statt weiterer pauschaler Schließungen – und explizite Vorschläge für Lockerungen erwägt, wo immer möglich und vertretbar.

Es ist gut, dass die Bundesregierung wichtige und richtige Instrumente zur Abfederung der Krise gefunden hat. Sie steht aber künftig in der Pflicht, sich wieder von staatlichen Interventionen zu verabschieden, sobald die Krise überwunden ist.

Meine Damen und Herren, auch 2021 ist die Industrie der Motor, der Wirtschaft und Wohlstand unseres Landes antreibt. Deshalb – und nur deshalb – können wir sogar mitten in der Krise zuversichtlich auf die Herausforderungen blicken, die zu bewältigen sind. Ich denke an die weiter notwendige Unterstützung der vielen Hilfsbedürftigen aus der Wirtschaft, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen, der Solo-Selbstständigen, der Kulturschaffenden; aber eben auch der großen Unternehmen, deren Geschäftsmodell durch die Pandemie zusammengebrochen ist.

Es geht mir jedoch auch um die Aufgaben, die wir im BDI mit dem Label „Zukunftssicherung“ versehen. Unternehmer, im Mittelstand wie in Großkonzernen, entscheiden Tag für Tag, wo sie investieren, wo sie Neues entwickeln, wo die nächste Produktionslinie zu modernisieren ist oder wo eine neue Fabrik gebaut wird.

Deshalb müssen wir über unseren Standort reden: über Geschwindigkeit und Flexibilität, über digitale Verwaltung und moderne Infrastruktur, über Energiepreise und über Unternehmensteuern. Die globale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist der Schlüssel, um unseren Erfolg zu sichern und so Wachstum, Wohlstand und individuelle Aufstiegsmöglichkeiten zu stärken.

Es wäre falsch, davon auszugehen, dass die Struktur unserer Volkswirtschaft nach Corona genauso aussehen wird wie zuvor: Dies würde die globalen Veränderungen, nicht zuletzt den weltweiten Digitalisierungsschub ignorieren. Corona hat nicht die „Pause-Taste“ gedrückt, sondern „Fast Forward“. Die Corona-Krise verschärft die Anforderungen an den Strukturwandel der deutschen Industrie, und zwar tiefgreifend.

Deshalb braucht es weniger Belastungen, weniger Bürokratie, weniger Steuern – und bessere Infrastruktur, mehr Anreize für Innovationen und Investitionen.

Die Infrastruktur- und Investitionslücke ist im vergangenen Jahr weiter aufgerissen. Nach wie vor fehlen allein öffentliche Investitionen von mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr. Mehr denn je brauchen wir gerade jetzt einen Investitionsschub für die kommenden zehn Jahre. Und dabei geht es um öffentliche und um private Investitionen. Und gerade in Letzterem ist ein unersetzlicher Bestandteil dieser Investitionsoffensive die Steuerpolitik. Der BDI wird nicht aufhören, zwei wesentliche Forderungen zu stellen:

Erstens, die Steuerbelastung der Unternehmen maximal auf wettbewerbsfähige 25 Prozent zu senken, etwa durch vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags und Senkung des Körperschaftsteuer-Satzes.

Die Steuerlast für unsere Unternehmen liegt hierzulande im Schnitt bei mehr als 31 Prozent des Ertrags, während es EU-weit gerade einmal 22 Prozent sind.

Und zweitens: Ein schneller Schritt für größere Liquidität der Unternehmen ist die Ausweitung der Verlustverrechnung, also die Möglichkeit, Verluste aus 2020 und 2021 mit Gewinnen aus Vorjahren zu verrechnen.

Der Reformstillstand bei den Unternehmensteuern muss endlich beendet werden. Die Zeit ist überreif für einen großen Wurf. Der BDI veröffentlicht deshalb heute ein „Steuermodell der Zukunft“, mit dem wir der Bundesregierung eine steuerpolitische Strategie für mehr Wachstum aufzeigen – und den Parteien und potenziellen Koalitionären für den Herbst Orientierung mit auf den Weg geben wollen.

Hier und heute dominiert Corona – und die Wahlkampfsaison wird mit Schuldzuweisungen und Rechtfertigungen eröffnet, statt mit einer Diskussion über die richtigen Rahmenbedingungen für Innovation und Investitionen. Es würde sich bitter rächen, wenn akutes Krisenmanagement und Wahlkampf den Blick auf die erforderliche Dynamik des Standorts Deutschland verstellen und wir so ein Jahr verlieren würden.

Es ist kontraproduktiv, dass Krisenmanagement und Verteilungsfragen den Blick auf notwendige Investitionen, Weichenstellungen und Problemlösungen für morgen und übermorgen verdecken.

Wer künftig nicht nur mit dem Rotstift regieren will, muss auf Wachstum setzen – das wird zum Glück immer mehr zum Konsens. Deutschland

braucht ein Wachstumsprogramm 2030. Dazu braucht es Investitionen am Standort und ganz sicher keine Diskussion über höhere Steuern.

Die Konsolidierung der Haushalte muss und wird nur über Wachstum gelingen.

Alles, was industrielle Aktivität sichert und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie am Standort stärkt, erhöht die Chance, dass die Bundesrepublik aus den Corona-Schulden herauswächst. Genauso ist es mithilfe einer starken Industrie schon einmal gelungen, nämlich nach der Finanzkrise vor mittlerweile 13 Jahren.

Meine Damen und Herren, die weltwirtschaftliche Perspektive ist in diesem Jahr für die exportstarke deutsche Industrie besser als erwartet:

In der Weltwirtschaft ist insgesamt nach dem starken Einbruch eine solide Erholung in Sicht, vor allem ab dem zweiten Quartal dieses Jahres.

Im zeit- und nervenaufreibenden Brexit-Prozess hat immerhin der in letzter Sekunde erreichte Handelspakt zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu mehr Klarheit geführt.

Die Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten erleichtert den Weg für multilaterale Lösungen und gemeinsame Initiativen für faire Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten. Es ist gut, die Amerikaner künftig wieder mehr an unserer Seite zu wissen.

Es liegt in unser aller Interesse, die transatlantischen Beziehungen zu stärken und unsere vielen Gemeinsamkeiten in den Fokus zu rücken. Als überzeugter Transatlantiker halte ich nichts von Äquidistanz zu Amerika und China.

Gleichwohl wird China als Wachstumstreiber erneut die Weltwirtschaft anführen, mit schätzungsweise acht bis neun Prozent Wachstum – das ist ein Drittel des weltweiten Zuwachses in diesem Jahr. Davon wollen unsere Unternehmen profitieren, ebenso wie von der Einigung auf ein Investitionsabkommen mit der EU, auch wenn dieses alles andere als

perfekt ist. Nur als starkes und geeintes Europa sind wir zukünftig in der Lage, unsere Werte und unsere Interessen weltweit zu verteidigen.

Dazu gehört hoffentlich dann bald auch wieder das gemeinsame Arbeiten an effektivem Klimaschutz. Die deutsche Industrie verfügt auf dem Weg zu Klimaneutralität 2050 über das Potenzial, Technologien mit Weltmarktchancen zu entwickeln und dann auch weltweit zur Anwendung zu bringen – wenn sie global wettbewerbsfähig ist.

Das um Wasserstoff entstehende Ökosystem ist ein hervorragendes Beispiel. Um hier erfolgreich zu sein, muss der Staat einen effizienten und intelligenten Rahmen setzen, der es Unternehmen erlaubt, die enorm hohen Klimaschutzinvestitionen zu finanzieren. Immer ehrgeizigere Klimaziele brauchen ein immer ambitionierteres Instrumentarium, um unsere globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Daher bedarf beispielsweise der neue nationale CO₂-Preis dringend eines wirksamen Korrekturmechanismus.

Er muss das Abwandern energieintensiver Industrien in Regionen mit weniger Regulierung verhindern – und darf gleichzeitig nicht zur Ausrede werden für neue Zölle und neue nichttarifäre Handelshemmnisse. An derartigen Barrieren hat die Exportnation Deutschland am allerwenigsten ein Interesse.

Der weltweite Ruf von „made in Germany“ ist weiterhin erstklassig. Der erste zugelassene Corona-Impfstoff bestätigt das Image: In der Rekordzeit von nicht einmal einem Jahr wurden hierzulande der erste weltweite Impfstoff entwickelt, zugelassen und in die Anwendung gebracht – wie so häufig in enger Zusammenarbeit von Mittelständler und großem Konzern.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Unsicherheit bleibt zum Jahresbeginn aufgrund der außer Kontrolle geratenen Infektionszahlen groß.

Dennoch besteht Anlass zu Zuversicht – für die Bewältigung der Pandemie genauso wie für ein industrielles Wachstum. Allerdings ist dringend geboten, dass es der Politik über reines Krisenmanagement hinaus gelingt, wieder Impulse zur Zukunftssicherung unseres Standortes zu geben.

Die Politik muss ein Wachstumsprogramm für Deutschland 2030 entwickeln, das über die reine Krisenunterstützung hinaus massiv zu privaten Investitionen ermuntert, das Bürokratie zurückdrängt und die Erneuerung des Standorts erheblich beschleunigt. Deutschland ist in vielem gut, aber wir sind viel zu langsam in der Geschwindigkeit der Veränderung. Unsere Unternehmen erwarten von der Politik richtungsweisende Signale. Denn Deutschland hat das Zeug zu mehr!